

Ergebnisprotokoll UOKG-Verbandtreffen, 17./18. November 2012

Berlin, 19. Februar 2013

Ort: Gedenkstätte Normannenstraße, Haus 1, Ruschestr. 103, 10365 Berlin,
Raum 418 (BStU-Projektwerkstatt)

Versammlungsleitung: 17.11.- Rainer Wagner, UOKG-Bundesvorsitzender
18.11.- Roland J. Lange, 1. stellv. Vorsitzender

Sonnabend: 17. 11. 2012

Beginn: 13.00 Uhr

TOP 1- Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie Annahme des Protokolls des vergangenen Verbandtreffens

Rainer Wagner begrüßte die Versammelten. Diese erteilten die Erlaubnis, das Verbandtreffen in Form einer Audio-Aufzeichnung zu dokumentieren.

Die Feststellung der Beschlussfähigkeit erfolgte mittels Teilnehmerliste. Es waren 21 Mitgliedsvereine vertreten, von denen zwei jeweils über zwei Stimmen verfügten.

TOP 2- Abstimmung über die Tagesordnung

Herr Wagner verlas ein Schreiben von Jörg Moll (VOK- Deutschland) mit Anträgen zur Tagesordnung (siehe Anlage 1). Anträge, die darin enthaltenen Punkt 1 und 2 in die Tagesordnung aufzunehmen, wurden mittels Abstimmung mehrheitlich abgelehnt.

Herr Wagner verlas ein Schreiben von Wolfram Drechsel (Bellevue-Gruppe), (siehe Anlage 2).

Herr Drechsel sagte dazu, dies sei kein Antrag zur Tagesordnung, sondern Vorbereitung zu TOP 4.

Rainer Wagner informierte darüber, dass ein Antrag zur Ergänzung der Tagesordnung und Beschlussantrag von Herrn Dobrinski (Forum zur Aufklärung und Erneuerung) zum Thema zivildeportierte Frauen vorliegt. Der Antrag wurde angenommen.

TOP 3- Finanzbericht

Herr Wagner gratulierte dem UOKG-Finanzverantwortlichen Ewald Ott nachträglich zum 80. Geburtstag. Herr Ott erstattete den Finanzbericht. Herr Wagner wies darauf hin, dass man sich an Herrn Ott wenden könne und von ihm den Finanzbericht erhält. Herr Drechsel kritisierte, dass der Bericht, den er von Herrn Ott erhielt, kein Datum und keinen UOKG-Briefkopf enthalten habe.

Herr Drechsel sagte, er hatte zu Protokoll gegeben, dass er eine schriftliche Offenlegung des Finanzberichts fordert. Herr Wagner antwortete, das aktuelle Protokoll werde einen entsprechenden Zusatz enthalten. Die Abstimmung über die Annahme des Protokolls wurde nachgeholt. Das Protokoll wurde bei einer Enthaltung mit dem Hinweis auf den vorzunehmenden Zusatz angenommen.

TOP 4- Bericht aus dem Vorstand und Aussprache

Rainer Wagner berichtete, die UOKG habe sich an Bundeskanzlerin Merkel gewandt und um Unterstützung der Bemühungen zur Umbenennung der Zimmerstraße in Peter-Fechter-Straße gebeten. Daraufhin teilte man mit, Frau Merkel unterstütze das Anliegen, der Bund könne sich aber nicht in die Angelegenheiten des zuständigen Berliner Stadtbezirks einmischen.

Herr Wagner berichtete, dass er bei einer Podiumsdiskussion zum Thema „Museum des Kalten Krieges“, zu der er eingeladen war, für eine entsprechende Erweiterung des Alliiertenmuseums in Tempelhof plädierte. Am Standort Checkpoint Charlie bestünde die Gefahr, dass Maueropfer als „Kollateralschäden“ des Kalten Krieges eingestuft würden.

Weiter informierte Rainer Wagner, das Bundesfinanzministerium habe einer Umbenennung des Platzes vor dem Ministerium in „Platz des 17. Juni“ zugestimmt. Erforderlich ist nun noch die Zusage des Stadtbezirks.

Herr Wagner sagte, in Mecklenburg-Vorpommern hätten Grüne und Linkspartei den Vorschlag gemacht, die Opferpension auf 500 € zu erhöhen und Vererbbarkeit auf die Kinder sicherzustellen. CDU und SPD lehnen eine Verdoppelung ab, treten aber für eine Dynamisierung entsprechend der Inflationsrate ein. Mecklenburg-Vorpommern werde die Thematik wahrscheinlich in den Bundesrat einbringen.

Weiter informierte Herr Wagner darüber, dass die UOKG jetzt Mitglied der Europäischen Plattform für Gewissen und Gedächtnis Europas ist, die erreichen möchte, dass kommunistische Verbrechen als Verbrechen gegen die Menschlichkeit anerkannt werden, die nicht verjähren können.

Rainer Wagner berichtete, dass die gestrige Veranstaltung, auf der IKEA sich bei den Betroffenen entschuldigte und die wissenschaftliche Aufarbeitung des Themas Haftzwangsarbeit angekündigt wurde, ein großer Erfolg gewesen sei. Die IGFM habe das Thema bereits Anfang der 80er Jahre problematisiert.

Da Haftzwangsarbeit zumeist für DDR-Firmen verrichtet wurde, wandte sich die UOKG auch mit einem Schreiben an das Bundesfinanzministerium, den Rechtsnachfolger der Treuhandfirmen.

TOP 5- „Vorstellung des Forschungsprojekts ‘Die Opfer des DDR-Grenzregimes an der innerdeutschen Grenze‘“, Dr. Jochen Staadt, Forschungsverbund SED-Staat, Freie Universität Berlin

Dr. Staadt berichtete, dass sich die Länder Sachsen-Anhalt, Niedersachsen und Hessen am Projekt beteiligen, nicht jedoch Thüringen und Bayern, obwohl diese ebenfalls an der ehemaligen innerdeutschen Grenze liegen. Bisher ist die Finanzierung nur für die reine Forschung abgedeckt, die Ergebnisse sollen mit regionalem Bezug aber auch einmal im Internet abrufbar sein.

Seit August werde im Bundesarchiv und in der BStU geforscht. So sind in den Unterlagen der Hauptabteilung I des MfS, die für die Überwachung der Grenztruppen und Vorfälle an der Grenze zuständig war, Verfälschungen feststellbar. Nach Vorfällen an der Grenze gingen Informationen darüber sofort an die Führung der NVA und der Partei. Wichtiges Kriterium war dabei, ob auf der Westseite jemand Kenntnis von dem Vorfall hat. Weigerten sich Soldaten, auf Flüchtlinge zu schießen, hatte es häufig eine „Abversetzung“ in hintere Abteilungen zur Folge. Aus den Unterlagen ergibt sich, dass pro Jahr über 1000 „Abversetzungen“ angeordnet wurden, auch wegen Fluchtgefahr, Westkontakten oder Familienproblemen der Soldaten.

Dr. Staadt erläuterte, es sei Aufgabe des Projektes, die Schicksale der Menschen zu rekonstruieren, die durch die deutsche Teilung ums Leben kamen, damit sie so ins historische Gedächtnis der Bundesrepublik gelangen. In DDR-Unterlagen wurden Grenzopfer diffamiert und diskreditiert, man sucht nun nach anderen Zeugnissen über die Opfer, z. B. von Verwandten, die dieses Bild korrigieren. Ziel ist die Erstellung eines Totenbuches, in dem die Schicksale und Fotos der an der innerdeutschen Grenze Getöteten enthalten sind. Die ARD wird die Ergebnisse des Forschungsprojektes wahrscheinlich dokumentieren.

Fortsetzung TOP 4- Bericht aus dem Vorstand und Aussprache

Rainer Wagner informierte, dass er wegen der gegen ihn gerichteten Unterstellungen, bis hin zum Vorwurf der „Volksverhetzung“, Selbstanzeige bei der Staatsanwaltschaft Frankenthal gestellt habe.

Nach vier Wochen kam es zur Einstellung des Verfahrens. Die Vorwürfe seien somit hinfällig.

Herr Wagner legte ausführliche Rechenschaft über sein pro-israelisches Wirken ab.

Er berichtete, dass der UOKG-Vorstand eine Loyalitätserklärung für ihn abgegeben hat.

Rainer Wagner stellte die Vertrauensfrage um zu ersehen, wie die Mitgliedsverbände zu ihm stehen und abhängig davon eine persönliche Entscheidung zu treffen.

Es fand eine geheime Abstimmung statt. Währenddessen übernahm der stellv. UOKG-Vorsitzende Roland J. Lange die Versammlungsleitung.

Die Abstimmung brachte folgendes Ergebnis:

Ja- 21 Stimmen

Nein- 1 Stimme

1 Enthaltung

Damit sprach die Mehrheit Rainer Wagner das Vertrauen aus.

Herr Hilgert (IEDF) berichtete vorgezogen zum Punkt „Aus den Verbänden“: Der Petition zur Problematik Rentenrecht für DDR-Flüchtlinge haben alle im Petitionsausschuss des Bundestages vertretenen Fraktionen zugestimmt. Sie wurde „zur Erwägung“ an das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) übersandt und traf dort auf Ablehnung.

Bundesbürger seien rentenrechtlich wieder zu DDR-Bürgern gemacht worden, ohne dass es einen verwaltungsrechtlichen Vorgang gab, der das ermöglicht hätte. Das Bundessozialgericht behandelte das Problem, nun ist es an das Landessozialgericht rücküberwiesen worden.

TOP 6- „Die Probleme bei der Verbesserung der Rehabilitierungsgesetze und der Opferrente“, Lutz Rathenow, Sächsischer Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen

Der Programmpunkt entfiel wegen Erkrankung des Referenten.

TOP 7- „Erläuterungen zu einem geplanten Forschungsprojekt zum Thema ‘Zwangsarbeit‘“, Dr. Christian Sachse, Politikwissenschaftler

Dr Sachse sagte, das Thema Haftzwangsarbeit müsse zu einem Teil der deutschen Geschichte und Selbstbetrachtung werden. Innerhalb eines Jahres solle nun mit dem Forschungsprojekt eine Schneise in das Themengebiet geschlagen werden, es werde ein Partner in der Wissenschaft gesucht, ebenso hofft man auf das Engagement von Institutionen und Schulen. Es ist geplant, mit Veranstaltungen in die Öffentlichkeit zu gehen, eine Ausstellung wird Ergebnisse des ersten Forschungsprojektjahres präsentieren.

Ende: 19.00 Uhr

Sonntag, 18.11.2013

Beginn: 10.00 Uhr

Die Versammlungsleitung hatte Roland J. Lange, 1. stellv. UOKG-Vorsitzender.

TOP 8- „20 Jahre Akteneinsicht- Erfahrungen, Erkenntnisse, Perspektiven aus der Sicht der BStU-Außenstelle Frankfurt (Oder)“, Rüdiger Sielaff, Leiter der Frankfurter BStU-Außenstelle

Rüdiger Sielaff schlug vor, dass zukünftig auch einmal die Gedenk- und Dokumentationsstätte „Opfer politischer Gewalt“ Frankfurt (Oder) Gastgeber eines UOKG-Verbandetreffens sein könnte. Weiter führte er aus, die Stasi-Akten werden dauerhaft offen sein, egal in welcher Verwaltungsstruktur. Das MfS-Gesamtsystem ließe sich nicht erfassen, so lange nicht alle Akten erschlossen sind. Auch beim Thema Haftzwangsarbeit zeige sich die Wichtigkeit der MfS-Akten, um Entschädigungsforderungen durchzusetzen.

Herr Sielaff erläuterte, dass die Außenstelle Frankfurt (Oder) die Akten von zwei DDR-Bezirken verwaltet. Sie ist eine von insgesamt 12 Außenstellen der BStU. Die Außenstellen verankern die BStU bei den Bürgern vor Ort, deswegen sind sie für eine noch nicht zu definierende Zeitspanne unverzichtbar. Seit 2004 betreibt die BStU auch die Gedenk- und Dokumentationsstätte „Opfer politischer Gewalt“ in Frankfurt (Oder) sowie ein Informations- und Dokumentationszentrum. Aneinandergereiht würden die in Frankfurt gelagerten Stasi-Akten eine Strecke von 10 km ergeben. Es existieren 1500 Säcke mit zerrissenem Material und 6000 Filme, auf denen das MfS Material sicherte.

Rüdiger Sielaff informierte, dass monatlich in Frankfurt (Oder) jeweils 200- 500 Erst- und Wiederholungsanträge auf Akteneinsicht gestellt werden. Im gesamten Jahr 2012 gingen bisher über 4000 Anträge ein, dies stelle eine Steigerung gegenüber den Vorjahren dar. Eine Zunahme sei auch bei Forschungs- und Medienanträgen zu verzeichnen.

Abschließend sagte Herr Sielaff, er unterstütze den Vorschlag von Roland Jahn, einen Campus der Demokratie auf dem Gelände des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit zu schaffen. Dies würde keine Konkurrenz zu anderen Einrichtungen darstellen, sondern eine Ergänzung.

TOP 9- Aus den Verbänden

Roland J. Lange verlas eine Resolution, die die Unterstützung der UOKG-Mitgliedsvereine für den Frauenkreis der ehem. Hoheneckerinnen ausdrückt. Die Resolution wurde mit der Auflage noch vorzunehmender redaktioneller Änderungen angenommen.

Herr Klaus (AG Lager Sachsenhausen) berichtete darüber, dass für Vereinsveranstaltungen nicht mehr Reise- und Übernachtungskosten durch die Stiftung Aufarbeitung übernommen werden, sondern nur noch ein Pauschalbetrag pro Person. Die AG könne die Förderkriterien nicht erfüllen und erhalte daher nur 70 % der früheren Förderhöhe.

Frau Krägel (IG NKWD-Lager Tost) sagte, seit über einem Jahr lagere ein Kohlenberg auf den Massengräbern in Tost, nachdem die Stadt Tost das Gelände verkauft hatte. Im Sommer 2012 habe die Kriegsgräberfürsorge Probegrabungen durchgeführt, jedoch nichts gefunden. Sie suche nun nach Verbündeten, die sie bei der Recherche nach den Toten des Massengrabes unterstützen.

Herr Trömer (Doping-Opfer-Hilfe) informierte darüber, dass der Verein schrumpft, da Dopingopfer keine Hoffnung mehr auf Entschädigung haben, nachdem die FDP auf Bundesebene entsprechende Pläne abgelehnt hat. Weiter berichtete er, Anfang 2013 werde eine Versammlung stattfinden, auf der möglicherweise ein neuer Vereinsvorstand gewählt wird. Außerdem werde der Umzug des Doping-Archivs nach Berlin vorbereitet. Herr Trömer sagte, es habe Probleme bei der Einsicht in seine ZERV-Dopingopferakte gegeben, dazu gibt es eventuell beim nächsten Verbandetreffen eine

Resolution.

Frau Behr (OvZ) informierte, der Verein habe einen Fragekatalog bezüglich adoptierter Kinder und der leiblichen Eltern erstellt. MdB Andrea Voßhoff hat sich des Themas angenommen. Es erfolgen Anfragen an die Landtage. Eine Selbsthilfegruppe für traumatisierte Opfer ist gegründet worden. Sitz des Vereins Hilfe für Opfer von Zwangsadoptionen- OvZ ist jetzt Berlin.

Roland Brauckmann (Menschenrechtszentrum Cottbus) sagte, der Verein habe 146 Mitglieder und führe jährliche mehrere Veranstaltungen durch. Vor einigen Wochen fanden das 9. Häftlingstreffen und ein Biermann-Konzert statt. Das Hafthaus 1 ist rekonstruiert, eine Dauerausstellung wird zusammen mit Zeitzeugen unter der Leitung von drei ehem. politischen Häftlingen erarbeitet.

Roland J. Lange (Freiheit e.V.) kündigte an, dass die Gedenkstätte Andreasstraße Erfurt am 3. Dezember in Anwesenheit von Ministerpräsidentin Lieberknecht eröffnet wird. Er erinnerte an den Hungerstreik, der aus Protest dagegen stattfand, dass die Zeitzeugen zunächst an den Rand gedrängt wurden, nicht die Haftbedingungen, sondern der DDR-Alltag im Mittelpunkt der Konzeption stehen sollten.

TOP 10- Verschiedenes

Roland Brauckmann verlas den Text des vom Forum zur Aufklärung und Erneuerung eingebrachten Antrags zur Ergänzung der Tagesordnung und Beschlussantrags: Das UOKG-Verbandstreffen beauftragt den UOKG-Vorstand, sich für die Entschädigung der zivildeportierten Frauen einzusetzen.

Michael Schulz (UOKG-Vorstand) berichtete darüber, dass in Kneese (Mecklenburg-Vorp.) ein identifiziertes Maueropfer eine Gedenktafel erhält, somit der erste Gedenkort für ein Maueropfer an der ehem. innerdeutschen Grenze in Mecklenburg-Vorpommern geschaffen wird.

TOP 11- Ausblick auf das nächste UOKG-Verbandstreffen

Das nächste UOKG-Verbandstreffen findet am 16./17. März 2013 statt.

Ende: 12.30 Uhr

gez. Rainer Wagner
UOKG-Bundesvorsitzender

gez. Carola Schulze
Protokollantin

Ergänzung zum Ergebnisprotokoll UOKG-Verbandstreffen 16./17. Juni 2012

Herr Drechsel (Bellevue-Gruppe) hatte anlässlich des UOKG-Verbandstreffens 16./17. Juni 2012 zu Protokoll gegeben, dass er eine schriftliche Offenlegung des Finanzberichts fordert.

gez. Carola Schulze
Protokollantin